

Antrag

der Abgeordneten Andrea Lederer und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Beteiligung der Bundeswehr an Einsätzen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Wiedererlangung der Kriegführungsfähigkeit ist kein Ziel deutscher Außenpolitik. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt ihre Bereitschaft, an der Lösung der zahlreichen globalen und regionalen Konflikte in der Welt durch politische Verhandlungen mitzuwirken und drängt auf ihre friedliche, gewaltlose und einvernehmliche Beilegung. Das schließt folgerichtig eine Beteiligung an kollektiven militärischen Aktionen aus. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, ihre Streitkräfte nicht für Einsätze außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellen.
2. Die Entsendung von Sanitätssoldaten und Bundesgrenzschutz-Beamten im Rahmen der Blauhelm-Mission in Kambodscha ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert,
 - die Entsendung von Sanitätssoldaten im Rahmen der Blauhelm-Mission in Kambodscha zu widerrufen,
 - das Deutsche Rote Kreuz mit der Wahrnehmung der Aufgaben der deutschen Sanitätssoldaten zu beauftragen und die hierfür erforderlichen finanziellen und materiellen Mittel aus dem Verteidigungshaushalt zur Verfügung zu stellen.
4. Die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich auf eine außen- und sicherheitspolitische Selbstbeschränkung und verzichtet auf die Bereitstellung eigener Streitkräftekontingente im Rahmen von Maßnahmen der Vereinten Nationen, der KSZE oder Bündnissen wie der NATO und der WEU.
5. Die Bundesrepublik Deutschland wird sich nicht an der Aufstellung multinationaler NATO-Streitkräfte im Rahmen der Rapid Reaction Forces beteiligen. Die Bundesregierung wird aufgefordert,
 - die Zustimmung zum Aufbau der am 22. Mai 1992 in La Rochelle vereinbarten französisch-deutschen Interventions-truppe zurückzuziehen,

- die französisch-deutsche Marinekooperation einzustellen und
- die Präsenz der Bundesmarine im Rahmen des „Ständigen Marineverbandes Mittelmeer“ der NATO zu beenden.

Bonn, den 9. Juni 1992

Andrea Lederer
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Mit dem Beschluß der Bundesregierung vom 8. April 1992, 140 Sanitätssoldaten der Bundeswehr im Rahmen der Blauhelm-Mission der Vereinten Nationen nach Kambodscha zu entsenden, beteiligen sich deutsche Soldaten erstmals ganz offiziell an einer friedenserhaltenden VN-Mission. Regierungskoalition und die Fraktion der SPD sind sich dessen bewußt, daß es an einer verfassungsrechtlichen Grundlage für diesen Einsatz fehlt.

Sie muß als Einstieg auch für künftige militärische „out of area“-Einsätze betrachtet werden, denn die Forderungen der Bundesregierung und der Koalitionsparteien gehen über eine Begrenzung auf sogenannte friedliche Blauhelm-Missionen hinaus. Sowohl aus den bekannten historischen Gründen als auch aus der Einsicht heraus, daß die globalen und regionalen Konflikte nur politisch, auf friedlichem Wege und nicht durch die Bereitstellung von Eingreifverbänden gelöst werden können, soll die Bundesrepublik Deutschland auf solche Verbände, wie sie die jetzige Bundeswehrplanung vorsieht, verzichten.

Wenn die Vertreter der Bundesregierung immer wieder betonen, im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft ihre Pflichten erfüllen zu wollen, so darf dies gerade nicht in Form militärischer Interventionen erfolgen.

Eine „europäische Identität“ benötigt keine „militärische Säule“. Die friedliche Zukunft Europas liegt nicht im Aufbau einer militärischen Komponente, sondern in gleichberechtigten gesamt-europäischen Sicherheitsstrukturen, die radikale Abrüstung und gegenseitige strukturelle Nichtangriffsfähigkeit implizieren. Die Wahrnehmung größerer „weltpolitischer Verantwortung“ der Bundesrepublik Deutschland darf daher gerade nicht darin bestehen, im militärischen Bereich zu den bestehenden Großmächten aufzuschließen und Kriegführungsfähigkeit zu erlangen. Die Gruppe der PDS/Linke Liste hält es nicht länger für hinnehmbar, daß am Deutschen Bundestag vorbei ohne öffentliche Debatte die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik militarisiert wird. Informelle Absprachen zwischen Regierungskoalition und SPD – wie hinsichtlich des Blauhelm-Einsatzes in Kambodscha – können nicht die parlamentarische und öffentliche Auseinandersetzung um die künftige Außen- und Sicherheitspolitik in diesem Land ersetzen. Dies gilt um so mehr, als weitergehende Absichten für die Beteiligung an militärischen Einsätzen der Bundeswehr im

Rahmen der UNO, der WEU und der KSZE erklärt wurden. Im Deutschen Bundestag muß daher eine grundlegende Debatte über eine neue deutsche, wirklich friedliche Außen- und Sicherheitspolitik stattfinden.

